

Welt Trends

Das außenpolitische Journal

Verunsichertes Japan

Meiji – Blitzstart in die Moderne
Angst vor aktiver Außenpolitik?
Das Verhältnis zu den USA
Dominanz der Liberaldemokraten

WeltBlick

Südafrika nach Zumas Rücktritt
Türkischer Feldzug in Afrin
Ecuador nach dem Referendum

Kommentare

Von Vegetariern & Fleischfressern
Polnisches Holocaustgesetz

ISSN 0944-8101 | 4,80 €
ISBN 978-3-945878-83-5



4

WeltBlick

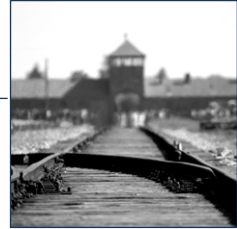
- 4 Südafrika nach Zumas Rücktritt
Henning Melber
- 8 Der türkische Feldzug in Afrin
Murat Cakir
- 13 Ecuador nach dem Referendum
Eva Gertz



18

Das polnische „Antiverleumdungsgesetz“

Ein Gastkommentar von Laurence Weinbaum



22

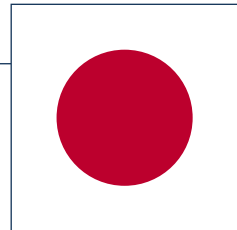
Brief aus...

Mostar

26

Thema: Verunsichertes Japan

- 28 Blitzstart in die Moderne: die Meiji-Restauration
Wolfram Wallraf
- 34 Dominanz der Liberaldemokratischen Partei
Ralf Havertz
- 40 Angst vor einer aktiven Außenpolitik
Paul Kevenhörster
- 44 USA-Japan: ein „alternativloses“ Bündnis?
Céline Pajon
- 49 Selbstbild und Vorurteile in Japan
Christoph Neidhardt





VIP: Der gefährlichste Politiker Japans?

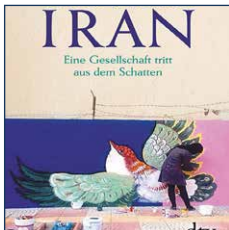
56

Angela Unkrüer

Kasachstan und die russische Revolution

60

Bulat Sultanov



Bücherschau

64

Leserbrief

68

Impressum

69



Zur Münchner Sicherheitskonferenz 2018

70

Ein Kommentar von Alexander Neu

Wort und Strich

72

„Wer die Vergangenheit kontrolliert ...“

Zum polnischen Anti-Verleumdungsgesetz

Laurence Weinbaum

„Wer die Vergangenheit kontrolliert, kontrolliert die Zukunft, wer die Gegenwart kontrolliert, kontrolliert die Vergangenheit“, schrieb Orwell. Diese scharfsinnige Einsicht steht im Zentrum der jüngsten Entscheidung der polnischen Regierung, ein „Anti-Verleumdungsgesetz“ zum Holocaust zu erlassen.

Es mag überraschend klingen in diesen Tagen, aber in keinem anderen Land der ehemaligen kommunistischen Staaten Mittel- und Osteuropas wurde in den letzten Jahrzehnten intensiver *über* die eigene Vergangenheit debattiert und diese hinterfragt als in Polen, mit teilweise überraschenden Erkenntnissen. Das ist sicherlich ein Grund für das „Anti-Verleumdungsgesetz“, das im Moment so heftig diskutiert wird. Ursächlich war es eine Gruppe polnischer Historiker, die eine gründliche Dekonstruktion der polnisch-jüdischen Beziehungen während der Zeit des Zweiten Weltkrieges vornahm. Im Zuge akribischer Recherchen fiel eine fast schon doktrinäre Version der polnischen Nationalgeschichte wie ein Kartenhaus in sich zusammen. Nach dieser „offiziellen Version“ waren es nur einige wenige verdorbene und randständige Elemente der polnischen Bevölkerung gewesen, die der Versuchung erlegen waren, den Deutschen bei dem Mord an den polnischen Juden zu helfen. Die Erkenntnisse der Wissenschaftler, welche überwiegend dem Polnischen Zentrum für Holocaustforschung nahestehen, zeigten, dass die Wirklichkeit deutlich komplizierter war, als den meisten Menschen bis dahin bewusst war. Diverse polnische Regierungen haben die Vorstellung verfestigt, zahllose Polen hätten ihr Leben riskiert, um jüdischen Nachbarn zu helfen. Solcher Heldenmut sei exemplarisch für das Verhalten der gesamten polnischen Nation gewesen. So verkündete Premierminister Mateusz Morawiecki erst im Januar: „Die polnische Nation verdient ihren eigenen Baum in Yad Vashems Garten der Gerechten unter den Völkern.“

Doch Historiker zeigten, dass dies eine sehr einseitige Sicht auf die Geschichte war. In der Vorkriegszeit war Antisemitismus in der polnischen Gesellschaft weit verbreitet, auch wenn Polen und Juden bereits fast ein Jahrtausend lang „zusammen, aber getrennt“ gelebt hatten und

Polen ein Zentrum jüdischer Kreativität und Spiritualität geworden war. Die Regierung in Warschau zog damals sogar Auswanderungsprogramme in Betracht, um die Zahl der Juden im Land zu verringern. Während der deutschen Besatzung ab 1939 herrschte eine breite Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal der Juden. Die Verdrängung und der Mord an den Juden durch Dritte wurden von weiten Teilen der Gesellschaft als das einzige positive Nebenprodukt einer ansonsten verhassten Besatzung empfunden. So notierte Wincenty Sobolewski, ein Arzt aus Sandomierz, am 29. Januar 1943 in sein Tagebuch: „Die Deutschen erledigen die letzten in Polen verbliebenen Juden. Ich empfinde kein Mitleid für sie, denn sie verdienen es, da sie uns Polen gegenüber so undankbar waren. Die meisten von uns sind zwar schockiert darüber, dass ein ganzes Volk auf diese Weise ermordet wird. Doch so wird endlich der Gerechtigkeit genüge getan. Jesus hat den Juden zweitausend Jahre Zeit gegeben, sich zu bessern, doch nachdem er ihre beharrliche Weigerung gesehen hat, entschied er sich, sie zu bestrafen.“ Eine solche Haltung war keineswegs ein Einzelfall. Selbst der polnische Untergrund, der den Deutschen erbitterten Widerstand leistete, war antisemitisch durchsetzt.

Altruistische Polen, die trotz Lebensgefahr für sich und ihre Familien Juden retteten, fürchteten den Verrat durch Landsleute, einschließlich durch Mitglieder der polnischen „Blauen Polizei“. Viele Polen waren der Überzeugung, zwei Feinde zu haben: Einen äußeren (die Deutschen) und einen inneren (die Juden). Die Bekämpfung des einen Gegners schloss nicht aus, bei der Liquidierung des anderen behilflich zu sein. Folglich konnten Polen, die selbst Opfer der Nazibesatzung waren, durchaus auch zu Tätern werden. Die Initiatoren der Gesetzesinitiative nahmen wohl an, mit ihrem Vorhaben ein für alle Mal offen geäußerte Zweifel am Verhalten ihrer Landsleute während des Zweiten Weltkrieges ausräumen zu können, welches nach dieser Lesart vor allem ein gigantischer, heldenhafter Kampf gegen zwei räuberische, blutrünstige Nachbarn – Deutschland und die Sowjetunion – war. Schließlich war Polen das erste Land, das der deutschen Okkupation in Europa etwas entgegensetzte und sich erbittert vom ersten Tag des Krieges bis zum letzten wehrte. Hoffnungslos in der Unterzahl und waffentechnisch unterlegen, erlitten die Polen gewaltige menschliche und materielle Verluste.


Die Bedenken angesichts häufiger Verweise auf Auschwitz als „polnisches Konzentrationslager“ sind sicherlich berechtigt, auch wenn dies in der Regel wohl eher aus Nachlässigkeit denn aus Böswilligkeit geschieht.

Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass der Architekt und Vollstrecker der „Endlösung der Judenfrage“ Deutschland war und dafür die Verantwortung trägt – eine Tatsache, die der deutsche Außenminister Gabriel erst kürzlich noch einmal betont hat.

Allerdings trafen die deutschen Besatzer nicht nur in Polen, sondern in ganz Europa auf Einheimische, die willens waren, alte Rechnungen mit den Juden zu begleichen, ihr ureigenes blutrünstiges Verlangen zu befriedigen und eine Gelegenheit zu nutzen, um auf Kosten ihrer jüdischen Nachbarn zu morden, zu denunzieren oder sich an weiteren Verbrechen gegen Juden zu beteiligen. Auf Zusammenarbeit und schuldhaftes Verhalten vor Ort hinzuweisen, egal ob in Polen oder anderswo, verringert in keiner Weise die deutsche initiatorische Schuld für den Genozid am europäischen Judentum und sollte daher auch nicht so interpretiert werden.

Die polnische Regierung hat nicht verstanden, dass sie mit dem allzu durchsichtigen Versuch der nationalen Ehrenrettung durch geschichtspolitische Gesetzgebung das Gegenteil von dem bewirkt, was sie ursprünglich bezweckt hatte – auch wenn sie möglicherweise mit diesem robusten Vorgehen innenpolitisch bei bestimmten Wählerkreisen ihre Position festigen und sich als Wächter von Polens gutem Namen zu inszenieren vermochte. Trotz der Aufregung weltweit (und nicht nur in jüdischen Kreisen) muss diese Frage letztlich von den Polen selbst geregelt werden. Es ist offensichtlich, dass das Gesetz seine Absicht komplett verfehlte und Polens Ruf in der Welt eher schadet. Wurde das Thema zuvor nur von einer überschaubaren Gruppe von Historikern und Experten diskutiert, ist es nun ein Top-Thema in den internationalen Nachrichten. Ob das so beabsichtigt war? Vermutlich wird diese Episode eines Tages als Beispiel dafür herangezogen werden, was man in Diplomatie und PR tunlichst vermeiden sollte.

Die Konsequenzen der Krise in den polnisch-israelischen Beziehungen, die bislang hervorragend und zum beiderseitigen Vorteil waren, sind noch nicht absehbar. In Moskau wird man vermutlich jubilieren. In Polen wurde hingegen die Büchse der Pandora geöffnet und ein virulenter Antisemitismus freigesetzt, der an jene düsteren Tage im Jahr 1968 erinnert, als fast alle noch verbliebenen Juden durch eine antisemitische Kampagne der kommunistischen Machthaber aus dem Land gedrängt wurden. Dies lastet bis heute auf dem kollektiven Gedächtnis der Polen. Wenn Ende Februar 2018 die PiS-Vizevorsitzende Krystyna Pawłowicz von einer „fünften Kolonne“ spricht und „Polen von verräterischem Ballast befreien“ will, dann werden Erinnerungen an die Geschehnisse

vor 50 Jahren wach. Die in Polen lebenden Juden fragen sich nun, ob sie in dem Land, mit dem sie durch dick und dünn gegangen sind, noch eine Zukunft haben. Es wäre jedoch falsch, alle Polen über einen Kamm zu scheren. Viele Kommentatoren, auch in konservativen Kreisen, haben das Gesetz scharf kritisiert. So schrieb Bogusław Chrabota in der Tageszeitung *Rzeczpospolita*: „Wir werden nie aus unserem kollektiven Gedächtnis die Tatsache löschen können, dass einige Polen bei der Vernichtung der Juden mitgeholfen haben. Die Enthüllung und Dokumentation dieser Schande sollte niemanden verstören. Und wenn es ein Gesetz in Polen gibt, dass das tut, dann sollte es gestrichen werden.“ Mit dieser Kontroverse werden wir einmal mehr daran erinnert, dass in Polen und in Israel wie in William Faulkners Mississippi „die Vergangenheit niemals tot ist; sie ist nicht einmal vergangen.“

Dr. Laurence Weinbaum

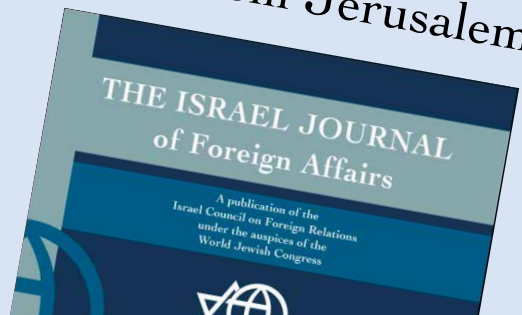
geb. 1962, Historiker, Chefredakteur des *Israel Journal of Foreign Affairs*

lweinbaum@wjcmail.org



ANZEIGE

The **only** foreign affairs journal
coming to you **directly** from Jerusalem



Published by the

Israel Council on Foreign Relations

www.israeljfa.com